

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Schenk, Mag.Widmann
Kollegin und Kollegen
betreffend EURATOM- Ausstieg

eingebracht in der 53. Nationalratssitzung, 24. GP, am 29. 01. 2010 im Zuge der Debatte zu TOP 15, Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes 2009/5 (593 d. B.)

Der EU- Finanzbericht 2008 des Rechnungshofes (2009/5) beziffert die Summe, mit welcher das 7. Rahmenforschungsprogramm (2007-2013) budgetiert ist, mit 53,3 Milliarden Euro. Alleine 2,8 Milliarden fallen auf EURATOM.

117 Gemeinden Österreichs haben bereits eine Resolution zum Ausstieg aus dem EURATOM- Vertrag verabschiedet. Über 80% der heimischen Bevölkerung lehnt es ab, dass mit österreichischen Steuergeldern die europäische Atomindustrie finanziert wird, zumal sich Österreich gegen die Nutzung von Atomkraft ausgesprochen hat. Die Bundesregierung begründet ihr fehlendes Engagement dieser deutlichen Mehrheit der Bevölkerung nachzukommen, durch zwei fadenscheinige Argumente. Einerseits wird die Mitsprache bei atomaren Sicherheitsfragen als Vertragsmitglied betont, andererseits wird die Meinung vertreten, dass ein EURATOM- Austritt rechtlich nicht möglich sei. Im Hinblick auf die Atompolitik unserer Nachbarländer wie Tschechien und der Slowakei (Stichwort ungelöste Sicherheitsfragen in Temelin, die Farce eines Melker Prozesses) zeigt sich unsere tatsächliche Mitsprachemöglichkeit. Die Vorlage des Kommissions- Vorschlags zur nuklearen Sicherheit zeigt, dass auch zukünftig sämtliche Kompetenzen bei der nuklearen Überwachung bei den Mitgliedsstaaten bleiben. Betreffend die rechtliche Perspektive eines EURATOM- Austritts sei festgestellt, dass es unabhängige Fachgutachten aus Österreich und Deutschland (Michael Geistlinger, Universität Salzburg, Dr. Manfred Rotter, Universität Linz, sowie Univ.-Prof. Dr. Bernhard Wegener, Universität Erlangen-Nürnberg) gibt, welche die rechtliche Durchsetzbarkeit eines Austritts bestätigen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um einen Ausstieg aus dem EURATOM- Vertrag in die Wege zu leiten.“

